



**Neue Ziele für David Büchel**  
Nach dem Medaillengewinn in San Marino hat der Ruggeller David Büchel neue Motivation getankt. 21

**Spielraum wird zu reden geben**  
Versicherungen wollen sich aus Liechtenstein verabschieden. Politiker reagieren überrascht. 3

ANGEBOT IM MAI

Letta  
www.letta-buchs.ch/trauringe

VERLOBUNGS  
RING  
MEISTER  
SORGLOS PAKET  
UND PREISVORTEIL

**Ausgezeichnet**  
Sicherheitspreis für drei Gampriner 2

**Statistik**  
Eine halbe Milliarde Baukosten 5

**Näher dran**  
Operieren, aber ganz ohne Blut 7

**Guter Start**  
Hilti weiter auf Wachstumskurs 27



**Bio-Anteil steigt**  
Willi Büchel hat seinen Betrieb in Ruggell auf Bio umgestellt. 29

## Sapperlot

«Was du heute kannst besorgen, verschiebe nicht auf morgen». Dieses Sprichwort ist wohl jedem bekannt, nur dran halten tun sich wahrscheinlich die Wenigsten. Dinge, sei es bei der Arbeit oder im Privaten, die man gerne erledigt, gehen einem leicht von der Hand. Doch das Unangenehme, eben diese Sachen, die man gerne verschiebt, stapeln sich wie ein Berg aus Büchern im Unterbewusstsein. Klar, kann man die Sachen verschieben, doch los wird man sie trotzdem nicht: Der Gedanke an die unerledigte Arbeit, ein Gespräch oder andere Aufgaben bleibt. Daher trifft dieses Sprichwort wohl ins Schwarze. Der Gemütszustand wird es einem danken. Allen anderen Aufschiebern empfehlen Psychologen: Nehmen Sie sich Aufgaben in kleinen Häppchen vor. Also zum Beispiel nicht «heute Steuererklärung», sondern «heute Unterlagen sammeln, morgen sortieren, übermorgen Formulare ausfüllen». Ganz nach dem Motto: Kleine Schritte führen auch zum Ziel, nur eben etwas langsamer.

Julia Kaufmann

24. Mai 2018

### Erfolg im Netz

EVENT

## li\*gital

Die Digitalkonferenz in Liechtenstein

# Rheindammsanierung: Planungsphase gestartet

**Lanciert** Das Amt für Bevölkerungsschutz soll bis spätestens Ende 2020 ein Vorprojekt zur Rheindammsanierung ausarbeiten. Auch Aufweitungen sind dabei ein Thema.

Oliver Beck  
obeck@medienhaus.li

Der Liechtensteiner Rheindamm ist sicher alles andere als ein 25 Kilometer langer löchriger Käse. Mit dem 2015 abgeschlossenen Bau eines entlang des Damms verlaufenden Kontroll- und Interventionsweges ist er laut Emanuel Banzer, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz, sogar «so sicher wie noch nie». Dennoch hat die Regierung am 15. Mai das Projektvorhaben «Rheindammsanierung» genehmigt – im Sinne einer «langfristigen Investition in die Sicherheit des Landes», wie eine entsprechende Medienmitteilung überschrieben ist. Denn bei einem sehr grossen Hochwasser, so Innenministerin Dominique Gantenbein an der gestrigen Medienkonferenz, sei ein Damm-

versagen aufgrund der vorhandenen Instabilitäten nicht gänzlich auszuschliessen. Zwar ist ein Ansteigen des Rheins auf ein derart bedrohliches Niveau äusserst selten, das Glück herausfordern will die Regierung aber nicht.

### Prüfung verschiedener Sanierungsvarianten

In einem ersten Schritt ist das Amt für Bevölkerungsschutz nun gefordert, ein Vorprojekt zur Sanierung vorzulegen. Bis spätestens Ende 2020 soll die Behörde sämtliche möglichen Sanierungsvarianten eingehend prüfen und die, welche sich als geeignet erweisen, in einem sogenannten Sanierungsbaukasten zusammentragen. Dieser und die jeweiligen örtlichen geotechnischen, eigentumsrechtlichen, raumplanerischen und ökologi-

schen Rahmenbedingungen bilden die Basis, um zu entscheiden, welche Massnahme für welchen Dammabschnitt die geeignetste ist.

### 15 Etappen in zwei Jahrzehnten

Insgesamt dürfte die Sanierung gut 15 Etappen umfassen und sich über zwei Jahrzehnte erstrecken, heisst es in der Pressemitteilung der Regierung. Allerdings, ergänzte Banzer zum zeitlichen Horizont, seien Änderungen bei der Bauzeit bei derart langfristigen Projekten keine Seltenheit – und das in beide Richtungen. Die zu erwartenden Kosten verortete der Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz gestern auf Nachfrage bei gut 50 Millionen Franken – verbunden mit dem Hinweis, dass sich diese Zahl allein auf Sa-

nierungsmaßnahmen am bestehenden Damm beziehe.

Noch nicht abschätzbar sind die Kosten dagegen für den Fall, dass auch Flussaufweitungen durchgeführt werden. Diese werden im Zuge der Projektplanung explizit als eine der zu prüfenden Sanierungsvarianten behandelt. In diesem Zusammenhang kündigte Banzer die Durchführung einer Machbarkeitsstudie anhand eines Rheinabschnitts zwischen Schaan, Buchs und Eschen an. Allfällige Ausweitungen würden dort realisiert werden, wo sie das Entwicklungskonzept Alpenrhein – initiiert von der Internationalen Regierungskommission Alpenrhein, der auch Liechtenstein angehört – bereits 2005 als möglich ausgewiesen hat. Am Liechtensteiner Rheinufer existieren vier derartige Bereiche. 3

## Frau auf dem Weg zur CIA-Chefin

**USA** Die designierte CIA-Chefin Gina Haspel hat im US-Kongress eine wichtige Hürde für ihre Ernennung genommen. Der Geheimdienstausschuss im Senat stimmte am Mittwoch mit zehn gegen fünf Stimmen für die Kandidatin von Präsident Donald Trump für den CIA-Chefposten. Nun muss noch der Senat als Ganzes die Personalie bestätigen. Die Abstimmung wird noch vor Ende des Monats erwartet. Der republikanische Ausschussvorsitzende Richard Burr erklärte, Haspel sei die «qualifizierteste Person» für den Chefposten bei dem mächtigen Auslandsgeheimdienst und die am besten vorbereitete Kandidatin in der 70-jährigen Geschichte der CIA. Trotz Haspels Beteiligung an der Folter von Terrorverdächtigen stimmten in der geheimen Abstimmung auch zwei Ausschussmitglieder von den oppositionellen Demokraten für Haspel, darunter Burrs Stellvertreter Mark Warren. Die 61-jährige hatte ihm am Montag in einem Brief versichert, dass die CIA die brutalen Verhörmethoden rückblickend «nicht hätte anwenden sollen». (sda)

## Geburten in Vaduz sind Geschichte



**Archiviert** Die Geburtenstation des Landesspitals in Vaduz wurde per 1. April 2014 aufgelöst. Die in den Jahren 1984–2013 geführten Geburtenbücher wurden gestern von Sandra Copeland und Mirco Schweizer vom Landesspital an Dorothee Platz vom Landesarchiv und Thomas Büchel, Leiter Amt für Kultur, als Schenkung übergeben (v. l.).

Bild: pd

## Trump besteht auf Abrüstung

**Nordkorea** Trump pocht weiter auf eine atomare Abrüstung Nordkoreas. Darauf werde er bestehen, sagte Trump am Mittwoch. Nach seinen Informationen gibt es noch keine Entscheidung, ob das Gipfeltreffen stattfinden wird. «Wir sind überhaupt nicht benachrichtigt worden. (...) Wir haben nichts gesehen, wir haben nichts gehört», sagte Trump vor Journalisten in Washington. Seine Sprecherin sagte dem TV-Sender Fox News: «Der Präsident ist bereit für das Treffen. Wenn es nicht stattfindet, werden wir den grösstmöglichen Druck (auf Nordkorea) aufrechterhalten.» Nach Monaten der diplomatischen Annäherung bedeuten die jüngsten Äusserungen aus Pjöngjang einen Rückfall in die scharfe Rhetorik der Vergangenheit. Für Verärgerung sorgt in Nordkorea das gemeinsame Militärmanöver der USA mit Südkorea. Pjöngjang legte daher den Dialog mit Seoul auf Eis und sagte für Mittwoch geplante Gespräche auf hochrangiger Ebene ab. Südkorea bezeichnete die Absage als «bedauerlich». Das US-Verteidigungsministerium spielte das von Nordkorea als Grund angeführte Manöver herunter. Die vom 14. bis 25. Mai angesetzte Militärübung sei Routine und defensiv, sagte ein Sprecher des Ministeriums. (sda)

# «Spielraum» wird noch zu reden geben

**Reaktionen** Gleich mehrere Versicherungen haben angekündigt, sich aus Liechtenstein zu verabschieden. Als Grund dafür wird hauptsächlich die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) genannt, die umgesetzt werden soll. Die Politik ist überrascht.

Desirée Vogt  
dvogt@medienhaus.li

Kaum hat sich die Zurich Versicherung im Bereich der Risiko- und Kapitalversicherung aus Liechtenstein zurückgezogen, gibt es neue Hiobsbotschaften in der Versicherungsbranche. Die Generali Versicherung stoppt das Neugeschäft und zieht sich ebenfalls zurück, auch mit der Orion verschwindet eine Rechtsschutzversicherung aus dem Land (siehe «Vaterland» vom 16. Mai). Begründet wird der Rückzug vor allem mit einer EU-Verordnung, die den Datenschutz neu regelt und bei welcher, so der Tenor in der Versicherungsbranche, die Freiräume bei der Umsetzung der Richtlinie nicht genutzt worden seien. Jetzt ist der Landtag gefragt: Er wird über die angesprochene Datenschutzgrundverordnung, kurz DSGVO, Anfangs Juni im Landtag beraten. Dann wird er wohl auch zu entscheiden haben, ob es bezüglich der Umsetzung tatsächlich noch Spielräume gibt, die zugunsten des Landes geregelt werden können.

## «Regierung hat Spielraum genutzt»

Justizministerin Aurelia Frick bestätigt, dass es in der nationalen Umsetzung von EU-Richtlinien für jedes Land einen gewissen Spielraum gibt. Die Regierung habe diesen bei der Revision des Datenschutzgesetzes bestmöglich genutzt, um die Anliegen des Wirtschaftsstandortes optimal umzusetzen. «Wir waren in einem intensiven Austausch, bei dem alle Verbände beteiligt waren

und sich eingebracht haben. Wenn es uns jetzt gelingt, die Vorlage mit der Diskussion im Landtag noch zu verbessern, freue ich mich darüber. Genau dafür ist der parlamentarische Prozess da.»

## «Schaden der Versicherten in Grenzen halten»

Inwieweit die Abgeordneten im Juni-Landtag noch Spielräume nutzen, wird sich weisen. Der Rückzug der Generali und eventuell weiterer Versicherungsgesellschaften wird aber sicher thematisiert werden. Denn in der Sitzung der Aussenpolitischen Kommission (APK) sei der zuständigen Ministerin die Frage gestellt worden, ob man mit den Wirtschaftsverbänden gesprochen habe und ob man die sich bietenden Spielräume ausgenutzt habe, so VU-Fraktionssprecher Günter Vogt. Dies sei bejaht worden. «Ob man tatsächlich mehr Spielraum gehabt hätte, kann ich allerdings nicht beantworten oder einschätzen.» Dies gelte es nun zu überprüfen. Die VU wolle sich mit den Interessensvertretern zusammensetzen, dem Problem auf den Grund gehen und wo nötig und möglich, Gegenmassnahmen ergreifen. «Am Ende geht es der VU darum, dass sich vor allem der Schaden der Versicherten in Grenzen hält.» Würden die Versicherungen teurer, werde es am Ende die Geringverdienenden treffen – das gelte es zu vermeiden.

## Überfüllung einer EU-Wahnregulierung

Bei EU-Gesetzen und Überregulierungen aus Brüssel schon des Öfteren vor voreiligen und mus-



Liegt bei der DSGVO eine «Überfüllung einer EU-Wahnregulierung» vor?

Bild: iStock

terknabenhaften Übernahmen sowie einem Durchwinken gewarnt haben nicht nur die Abgeordneten der VU, sondern auch der parteifreie Johannes Kaiser. Die Regierung neige auch bei Finanzthemen, getrieben durch die FMA, zum «Gold Plating», welche die heimischen Unternehmen benachteilige. «Die neue Datenschutzgrundverordnung ist das jüngste Beispiel, bei dem eine solche Überfüllung einer EU-Wahnregulierung vorliegt», ist Kaiser überzeugt. Statt die Freiräume intelligent zu nutzen, wird der Personalbestand prophylaktisch rigoros aufgestockt, damit ja jedes Komma dieses Brüssel-

Diktats umgesetzt werden kann.» Regierung und Landtag müssten sich für die Liechtensteiner einsetzen und dürften ein solches «Gold Plating» nicht hinnehmen.

## EWR: Nicht nur Vorteile, auch Verpflichtungen

Weniger dramatisch sehen Vertreter der Freien Liste und der Unabhängigen die Situation. «Klar stehen bei allen Versicherern – und in jedem Markt, in dem sie tätig sind – Kosten-Nutzen-Überlegungen im Vordergrund. Offenbar ist es ganz einfach so, dass der Markt Liechtenstein aufgrund seiner Kleinheit für gewisse Versicherer nicht lukrativ ist», so et-

wa FL-Fraktionssprecher Georg Kaufmann. All diese Versicherungen seien auch in Europa tätig, würden die Situation kennen und müssten sich dort ebenfalls darauf einstellen. «Ich wage zu bezweifeln, dass der Aufwand einer Versicherung in Liechtenstein künftig derart grösser sein wird als in anderen Ländern, in denen sie tätig sind.»

Der DU-Abgeordnete Jürgen Beck kann den Unmut der Versicherer zwar nachvollziehen, verweist aber ebenfalls auf den kleinen Markt und darauf, dass Liechtenstein im EWR nicht nur die Vorteile, sondern eben auch die Verpflichtungen sehen müsse.

«Das ist die Rechnung, die wir für unsere Mitgliedschaft im EWR zahlen müssen.» Dabei müsse sich Liechtenstein von der Illusion verabschieden, von völlig anderen Möglichkeiten zu profitieren, als andere Länder. «Meiner Meinung nach gibt es jetzt keinen Grund, noch einmal über die Bücher zugehen, auch wenn sich das hart anhört», so Beck. «Bei dieser Verordnung wurde ein guter und gangbarer Mittelweg gefunden.»

FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry verweist darauf, dass die DSGVO im Juni in erster Lesung beraten wird – «wenn einzelne Abgeordnete konkrete Vorschläge einbringen möchten, werden diese auf die zweite Lesung geprüft.»

## Problem: Einwilligung bei Gesundheitsangaben

Bereits im Rahmen der Vernehmlassung hat der Versicherungsverband darauf hingewiesen, dass sich aus Artikel 9 eine spezielle Problematik ergibt. Damit Gesundheitsdaten rechtmässig verarbeitet werden könnten, müsse künftig auf eine Einwilligung zurückgegriffen werden. Dies sei für Lebensversicherungen ein Problem. Bekanntermassen könne eine Einwilligung jederzeit widerrufen werden. Gesundheitsdaten seien ein wesentlicher Bestandteil des Vertrages zu Lebensversicherungen. Der Gesetzgeber solle deshalb prüfen, ob eine Lösung gefunden werden könne, damit Gesundheitsangaben nicht nur gestützt auf eine Einwilligung verarbeitet werden dürften.

## Eine fundierte Basis für ein Generationenprojekt

**Startschuss** Die Planung für die Sanierung der 25 Liechtensteiner Rheindammkilometer läuft. Bis 2020 wird ein Vorprojekt ausgearbeitet, das aufzeigt, wie das passieren soll. Die Bauzeit für die voraussichtlich 15 Sanierungsetappen dürfte gut zwei Jahrzehnte umfassen.

Es sind schon einige Generationen, die den Liechtensteiner Rheindamm als festen Bestandteil des Erscheinungsbilds ihrer Heimat wahrnehmen und -nehmen. Annähernd 150 Jahre ist das Bauwerk mittlerweile alt. Nun wurde eine weitere generationenübergreifende Phase eingeläutet – jene der Sanierung. In ihrer Sitzung vom 15. Mai hat die Regierung ein entsprechendes Projektvorhaben genehmigt. Der Planungsprozess sei damit aktiv in Gang gesetzt worden, erklärte Innenministerin Dominique Gantenbein gestern gegenüber den Medien.

Hauptbeweggrund für die Lancierung des Sanierungsprojekts ist die Gewährleistung eines hohen Sicherheitsniveaus für die Bevölkerung des Landes. Mit dem Bau eines Kontroll- und Interventionswegs in den Jahren 2007 bis 2015 wurde bereits ein erster Schritt in diese Richtung unternommen. «Der Weg bietet die Möglichkeit, Schwachstellen bei Hochwasser zu kontrollieren sowie situativ und temporär zu therapieren», erläuterte Emanuel Banzer, Leiter des Amtes für Bevölkerungsschutz, an der Medienkonferenz. Auf dieser Basis seien die Dämme in Liechtenstein «so sicher wie noch nie».

Der Regierung geht das indes noch nicht weit genug. «Bei einem sehr selten auftretenden sehr grossen Hochwasser kann ein Dammversagen aufgrund vorhandener Damminstabilitäten nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Ein solches Ereignis hätte für Liechtenstein existenzbedrohende Ausmasse», strich Gantenbein heraus. Deswegen messe die Regierung dem umfassenden Sanierungsprojekt eine elementare Bedeutung bei.

## Varianten im Sanierungsbaukasten

Die zentrale Rolle im Planungsprozess hat das Amt für Bevölkerungsschutz inne. Die Behörde hat laut der Innenministerin den Auftrag, bis spätestens Ende 2020 «ein differenziertes Sanierungsvorprojekt für die gesamte Rheinstrecke von Balzers bis Ruggell vorzulegen». Im Kern geht es um die Schaffung einer fundierten Entscheidungsgrundlage in Form eines Sanierungsbaukastens. Dieser soll alle denkbaren technischen Sanierungsvarianten aufzeigen und es so ermöglichen, für die einzelnen Abschnitte des Damms stets die zweckmässigste Massnahme zu identifizieren. Die jeweiligen geotechnischen, eigentumsrechtlichen, raumplaneri-



Innenministerin Dominique Gantenbein und Emanuel Banzer (Leiter Amt für Bevölkerungsschutz).  
Bild: ikr

schen und ökologischen Rahmenbedingungen, so Gantenbein, seien dabei freilich immer zu berücksichtigen.

## Machbarkeitsstudie zum Thema Rheinaufweitung

Zu den Sanierungsvarianten, mit denen sich das Amt für Bevölkerungsschutz im Rahmen seines Auftrags beschäftigen wird, gehören etwa Schmaldichtwände oder landseitige Auflastfilter. Aber auch Rheinaufweitungen sind ein mögliches Element des Sanierungsbaukastens. Aus der Warte

des Hochwasserschutzes, sagte Banzer, seien letztere sicher die optimale Variante, da dabei ein neuer Damm gebaut werde. «Und ein neuer, nach den neuesten Regeln der Baukunst errichteter Damm ist immer besser als ein saniertes.» Zugleich ziehen Aufweitungen aber auch viele weitere Fragen, Abklärungen und letztlich auch Massnahmen nach sich. Um hier Klarheit zu schaffen, wird am Beispiel eines Rheinabschnitts zwischen Schaan, Buchs und Eschen deshalb eine Machbarkeitsstudie durchgeführt.

Das vertiefte Studium eines Aufweitungsszenarios soll – vor dem Hintergrund einer in der Vergangenheit oft emotional geführten Debatte – nicht zuletzt der Bevölkerung eine «fundierte Meinungsbildung» (Banzer) ermöglichen. Damit steht das Vorgehen zugleich exemplarisch für den integrativen, partnerschaftlichen Charakter, der das Projekt Rheindammansanierung nach dem Willen der Regierung auszeichnen soll.

Dieser umfasst zum einen eine internationale Komponente: Durch den Rhein sei Liechtenstein gerade mit dem Kanton St. Gallen und dem Bundesland Vorarlberg eng verbunden, meinte Gantenbein. Deshalb sei es ihr auch wichtig zu betonen, dass man sich zu einem koordinierten Handeln mit den Anrainern und Nachbarn respektive deren Behörden sowie zum Entwicklungskonzept Alpenrhein bekenne. Letzteres zeigt unter anderem vier mögliche Rheinaufweitungen auf Liechtensteiner Seite auf.

Zum anderen sollen Integration und Kooperation aber auch national gelebt werden. In der nun anlaufenden Planungsphase sollen Anspruchsgruppen wie die Anliegergemeinden und Bodeneigentümer fortlaufend konsultiert und informiert werden. Aber

auch mit Interessensgruppen sollen Gespräche geführt werden. Ausserdem ist angedacht, die Bevölkerung ab Herbst 2018 im Rahmen von Informationsveranstaltungen auf den neusten Stand zu bringen.

## Ohne Aufweitungen rund 50 Millionen Franken teuer

Mit der baulichen Realisierung der voraussichtlich 15 Sanierungsetappen soll möglichst rasch nach Genehmigung des Vorprojekts begonnen werden. Die instabilsten Abschnitte werden dabei prioritär behandelt. In Summe dürften die Arbeiten gut zwei Jahrzehnte in Anspruch nehmen. Bezüglich der Kosten rechnet man mit rund zwei Millionen Franken pro Kilometer, so Banzer. Bei 25 Kilometern Dammsstrecke seien das entsprechend 50 Millionen Franken. Diese Zahlen beziehen sich allerdings allein auf Sanierungsmassnahmen am bestehenden Damm. Die allfälligen Kosten einer Aufweitung finden darin demnach keine Berücksichtigung. Deren finanzielle Dimensionen, erklärte Banzer, seien aus heutiger Sicht nicht abschätzbar.

Oliver Beck  
obeck@medienhaus.li